



Der Angriff von Staat und sogenannten „zivilgesellschaftlichen Kräften“ auf Ehe und Familie zeitigt Erfolge. Immer weniger Kinder wachsen in einer normalen Ehe auf. Dies hat oft schwerwiegende Folgen für die Entwicklung der Kinder und für den Bestand einer gesunden und stabilen Gesellschaft, doch offenbar ist dies genau das Ziel verschiedener Kräfte wie der „Grünen“ und anderer Linker in allen Parteien. In den neuen Bundesländern wachsen fast genau viel Kinder außerhalb von Ehen auf, als in einer Familie.

Immer weniger Eltern mit minderjährigen Kindern in Deutschland sind verheiratet. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland ist der Anteil von Alleinerziehenden und von Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern in den vergangenen Jahren merklich gestiegen, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag in Wiesbaden mitteilte.

Danach lebten 2011 in 54 Prozent der ostdeutschen Familien mit minderjährigen Kindern die Eltern als Ehepaare zusammen; 1996 lag dieser Anteil noch bei 72 Prozent. In Westdeutschland waren die Eltern in rund 75 Prozent der Familien verheiratet; 15 Jahre zuvor waren es noch 84 Prozent.

In 26 Prozent der Familien in Ostdeutschland war im vergangenen Jahr die Mutter oder der Vater alleinerziehend; 1996 lag der Anteil bei 18 Prozent. In 20 Prozent der Familien in Ostdeutschland lebten die Eltern ohne Trauschein als „Lebensgemeinschaft“ zusammen (1996: 10 Prozent). In Westdeutschland war 2011 in 18 Prozent der Familien die Mutter oder der Vater alleinerziehend (1996: 13 Prozent). In 7 Prozent der Familien lebten die Eltern unverheiratet zusammen (1996: 3 Prozent).

Eine stabile Ehe ist die wichtigste Grundlage für eine gesunde Entwicklung der Kinder und

damit für den Bestand einer gesunden Gesellschaft. Deshalb bedarf die Ehe eines besonderen Schutzes durch die Gemeinschaft und den Staat, was naturgemäß mit einer Diskriminierung (=Unterscheidung) anderer Lebensformen einhergehen muss. Dies ist auch so im Grundgesetz verankert worden.

Doch nicht nur mächtige und einflussreiche Lobbyverbände, sondern auch die politischen Parteien, allen voran die sogenannten „Grünen“ und selbst das Bundesverfassungsgericht untergraben die Gesellschaft durch Verordnungen, Gesetze und Urteile, die der Familie schaden. Das fängt an mit der leichten Ermöglichung der Ehescheidung und setzt sich fort durch die Förderung der Trennung der Eltern von ihren Kindern (Kinderkrippen), die faktische Zulassung der Abtreibung und den Bestrebungen zur Gleichstellung von abgrundtief verschiedener Ehe und homosexuellen Beziehungen.

Die Folgen dieser Politik sind seit Jahrzehnten bekannt, doch offensichtlich wünscht man genau diese Folgen oder zumindest nimmt man sie gelassen hin. Dass ein solcher Staat nicht dauerhaft bestehen bleibt, wird man dann aber auch hinnehmen müssen.